

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Ämtliches Organ der Ämter und Gemeinde-Vorstände von Laurahütte und Siemianowitz.

Einzige ämtliche und gelesenste Tageszeitung von Laurahütte und Siemianowitz.

Geschäftsstelle: Laurahütte-Siemianowitz, Schloßstraße 1, gegenüber der Pfarrkirche. Fernsprecher Nr. 501.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage
nach folgendem Tarif: Vierteljährlich 12,00 RM., monatlich 4,00 RM. Bei Abholung
von unserer Geschäftsstelle vierteljährlich 11,50 RM., monatlich 3,80 RM.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 12,00 ohne Befehlsgeld.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen und liefert
bis Freitagvormittag 12 Uhr die kleinste oder deren Raum 40 Pfg., auswärtige Anzeigen bis
Sabbat 50 Pfg. Größere Anzeigen nach Vereinbarung. — Bei gerichtlicher Beitreibung
ist jede Geschäftsvermittlung ausgeschlossen. — Keine Anzeigen gegen Vorauszahlung.

Nr. 247

Laurahütte-Siemianowitz Sonntag, den 31. Oktober 1920

38. Jahrgang

Dom Tage.

Die erste Sitzung des Beirats.

WTB. Oppeln, 29. Oktober. Ueber den Verlauf der ersten Sitzung des paritätischen Beirates bei der Interalliierten Kommission in Oppeln wird folgendes verlautbart:

Die Sitzung begann am Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr im Reglerungsgebäude in Oppeln. Die Beiratsmitglieder beider Nationalitäten waren vollständig erschienen. Als Vertreter der deutschen Parteien: Landrat v. Brodhusen (Dtsch. natl.), Pfarrer Ullrich (M. d. N.) und Ehrhardt (M. d. N.) (beide Zentrum), Franz (M. d. N.) (Soz.) und Brisch (Soz.). Von polnischer Seite Korsantj, Pfarrer Kobota aus Gieraltow's (Kr. Giesewitz), der Vorsitzende der polnischen Berufsvereinigung, Rymer, der Führer der polnischen Sozialdemokraten, Biniewskiwicz, Landrat Gzyska Ratibor und Dr. Dżorek Rybnik, letzterer für die Oberschlesische Volkspartei. Zuvor wurde in einer internen Besprechung der deutschen Beiratsmitglieder zu dem bekannten Anschluß zweier Mitglieder Stellung genommen. Infolge der bereits gemeldeten Stellungnahme der Interalliierten Kommission, wonach Beamte nicht Mitglieder des Beirates sein dürfen, weil das Autoritätsverhältnis der Interalliierten Kommission zu den Beamten dadurch berührt würde, schied Landrat von Brodhusen aus.

Die Sitzung des Beirates wurde in Anwesenheit des Generals de Roub mit einer französischen Ansprache eröffnet, die ins Deutsche und Polnische übersetzt wurde. Eingangs betonte de Roub, daß es sich heute lediglich um eine vorbereitende Sitzung ohne Aussprache über irgendwelche ober-schlesischen Fragen handelt. Weiter führte de Roub aus: Der Beirat sei berufen worden, um die Disputationsbehörden mit den Wünschen der ober-schlesischen Bevölkerung vertraut zu machen, Konflikte beizulegen und schwierige Fragen lösen zu helfen, vor allem solle er dahin mitarbeiten, die Ordnung in Oberschlesien aufrecht zu erhalten und die volle Freiheit der Volksabstimmung zu gewährleisten. Das Wille der Interalliierten Kommission zur Unparteilichkeit sei immer vorhanden gewesen und werde weiterhin keine Änderung erfahren. Deutsche und Polen seien aufeinander angewiesen; beide müßten sich in Zukunft mit christlicher Liebe entgegenkommen. Das Wettbewerb für die Abstimmung dürfe in Zukunft nicht mehr den Charakter der Bekehrung tragen. Keine Seite möge dabei vergessen, daß sie vor allen Dingen das Wohl der Bevölkerung im Auge haben müsse.

Auf die Aufforderung de Roub's an die Vertreter der beiden Nationalitäten, Erklärungen im Rahmen seiner Ausführungen abzugeben, antwortete Pfarrer Ullrich als Führer der deutschen Abordnung, daß diese Wünsche sich mit denen der deutschen Führer aller Parteien deckten und daß sie bemüht sein würden, in diesem Sinne zu arbeiten. Wert werde je doch darauf gelegt, daß die Abstimmung auf der Grundlage des Friedensvertrages statifide.

Im Namen der Polen erklärte Korsantj in französischer Sprache, daß die Polen seit Monaten eine Zusammenarbeit mit den Deutschen erstrebt hätten, die Versuche seien jedoch ergebnislos geblieben. Die Grundzüge des Generals de Roub seien ganz die der Polen, die nichts mehr wünschten als Ruhe in Oberschlesien und unverfälschte Volksabstimmung. Gegenwärtig sei die Ordnung in Oberschlesien durch das Banditentum und das Treiben landsremder Elemente schwer gefährdet, daher müßten diese Elemente schleunigst entfernt und die Grenzen Oberschlesiens sowohl gegen Deutschland als auch gegen Polen hermetisch abgeschlossen werden. Das Interesse Oberschlesiens und vor allem wirtschaftliche Bedürfnisse erforderten möglichst baldige Abstimmung. Die Polen seien bereit, den Kampf um die volle Gleichberechtigung und um unverfälschte Volksabstimmung in den Grenzen zu führen, die eines zivilisierten Volkes würdig wären.

Sodrauf stellte de Roub den Beirat der Interalliierten Kommission vor. Die Sitzung dauerte zwei Stunden.

Dem vom DD. verbreiteten Bericht entnehmen wir: Pfarrer Ullrich stellte zur Verteidigung der Ausführungen Korsantj's fest, daß die Behauptung von Verständigungsversuchen eine falsche Unrichtigkeit sei und daß an keine maßgebenden deutschen Parteiführer herangetreten worden sei. Durch ihn sei zuerst die Verständigung angebahnt, als die deutsche Bevölkerung hilflos und schutzlos dastand und kein anderer Weg mehr möglich war.

General de Roub forderte auf, nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft zu blicken und glaubt feststellen zu können, daß jetzt der Wille der Verständigung überall vorhanden sei.

Reichspräsidentenwahl.

WTB. Berlin, 30. Oktober. Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht die Verordnung über die Wahl des Reichspräsidenten, die die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über die Reichspräsidentenwahlen enthält. Wann die Wahl des Reichspräsidenten Ratifindet, steht noch nicht fest.

Schwarz-weiß.

WTB. Berlin, 29. Oktober. In der Sitzung der preussischen Landesversammlung wurde bei der zweiten Lesung des preussischen Verfassungsentwurfs der Antrag der Deutsch-nationalen und der Deutschen Volkspartei „die Landesfarben sind Schwarz-weiß“ mit den Stimmen der Bürgerlichen angenommen.

Der 9. November Feiertag in Sachsen.

Das sächsische Gesamtministerium hat beschlossen, den 9. November zum gesetzlichen Feiertag zu erheben.

Das Kinderelend im Erzgebirge und Vogtland.

WTB. Berlin, 29. Oktober. Abendblätter. Das Kinderelend, schreibt der Vorwärts, ist gewiß im ganzen Reich sehr groß. Aber nur wenige Striche werden eine solche Häufung erschütternder Notlage aufzuweisen haben, wie das Erzgebirge und das Vogtland. Hier müsse helfen, wer helfen kann. In Dresden hat sich ein Hilfsausschuß gebildet und in Chemnitz errichtete das Gewerkschaftsamt eine Hilfsstelle.

Ueberrast auf einen Spielfuß.

WTB. Hamburg, 30. Oktober. Im Spielfuß sind 2 verurteilte Räuber erschienen, die mit vorgehaltenen Revolvern etwa 30 Spieler ihrer sämtlichen Wertgegenstände raubten. Der Wert der Beute beträgt etwa 1 1/2 Millionen Mark.

Memel soll an Litauen fallen.

Der französische Ministerpräsident Pangeus hat dem litauischen Minister des Äußeren Paricis erklärt, daß die französische Regierung die polnische Politik tadelte und alle Mittel zur Hintanhaltung imperialistischer polnischer Bestrebungen anzuwenden werde. Die französische Regierung spreche sich für ein unabhängiges Litauen mit Wilna und Memel aus.

Im übrigen hat sich die militärische Lage in Litauen bedeutend zuspitzt. Zwei polnische Divisionen marschieren gegen Suwalki, zwei weitere polnische Divisionen operieren bei Grodno. Die Truppen des in Wilna befindlichen polnischen Generals Beligowski sind auf sechs Divisionen verstärkt worden. Es mehren sich die Stimmen, die behaupten, daß zwischen Polen und Lettland ein geheimes Einvernehmen besteht.

Großer Erfolg der Entwaffnung.

Berlin. Die der Reichskommission für die Entwaffnung, Dr. Peters, mitteilt, sind bis jetzt in Deutschland abgeliefert worden 809 Gewehre, 11 635 Maschinengewehre, Flammen- und Minenwerfer, 1 735 000 Gewehre und elf Millionen Schuß Infanteriemunition.

Die Provinzial- und Kreiswahlen.

Berlin. Im fünfundzwanziger-Ausschuß der Preussischen Landesversammlung gelangte in erster Lesung die Bestimmung der Regierungsvorlage, die zu den Wahlen zu den Provinzial- und Kreislagern das allgemeine gleiche, unmittelbare und geheime Wahlrecht nach dem Grundzuge der Verhältniswahl vorsieht, nach kurzer Aussprache zur Annahme. Angenommen wurde auch die Bestimmung, daß die Wahlberechtigung an die Vollendung des zwanzigsten Lebensjahres geknüpft werden soll. Die Bestimmung, daß das Wahlrecht an einen sechsmonatigen Wohnsitz in der Provinz geknüpft ist, wurde gestrichen.

Großer Serumdiebstahl in Hamburg.

Hamburg. Aus der Wohnung des hiesigen praktischen Arztes Dr. Goldschmidt sind bedeutende Mengen Serum im Werte von mehreren hunderttausend Mark gestohlen worden. Es handelt sich um Cholera-, Typhus-, Tuberkulose- und Grippe-Serum, das in der Hand von Verbrechern großen Schaden anrichten kann. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Überführung des Bürgermeisters von Cork.

London. Der Minister des Innern hat auf Ansuchen der Angehörigen geklärt, daß die Leiche des Bürgermeisters Mac Swiney nach Cork übergeführt wird. Am Abend wurde die Leiche nach der Kathedrale von Southwark gebracht, vor der sich eine große Menschenmenge angesammelt hatte. Als der Sarg in die Kirche getragen wurde, küßten Frauen das Bahrtuch. In der Kathedrale wurde die Leiche feierlich aufgebahrt. Der Katafalk ist mit Blumen bedeckt. Eine Ehrenwache junger Irländer nahm zu beiden Seiten Aufstellung.

Verlängerte Aufenthaltsverlaubnis in Italien.

Rom. Ministerpräsident Giolitti hat dem Ministerrat ein Dekret unterbreitet, das die Aufenthaltszeit in Italien auf sechs Monate ausdehnt, da die bisherigen Bestimmungen am 31. Oktober wegen des Überganges vom Kriegszustand zum Friedenszustand in Fortfall kommen.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. Der Reichsschulsausschuß ist zu einer auf vier Tage berechneten Konferenz im Reichsministerium des Innern zusammengetreten, um zu einer Reihe dringlicher Aufgaben der Reichsschulgesetzgebung Stellung zu nehmen.

Leipzig. Die Leipziger Link-Unabhängigen beabsichtigen zur bevorstehenden sächsischen Landtagswahl, eine eigene Kandidatenliste aufzustellen, an deren Spitze Friedrich Geyer steht.

Ribnitz. Das Schöffengericht in Ribnitz hat den achtzehnjährigen Sattlerlehrling Schmidt aus Damgarten zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt, weil er in einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei am 27. Mai in Ribnitz den Reichstagsabgeordneten v. Graefe-Goldebeck mit Gläsern und Flaschen geworfen und nicht unerheblich verletzt hat.

Paris. Zwischen Rumänien, England, Frankreich, Italien und Japan wird ein Abkommen unterzeichnet, durch welches Verabreden Rumänien ausgeprochen wird.

Barcelona. Hier haben Schüler vor dem englischen Konsulat wegen des Todes des Lordmanors von Cort manifestiert. Es wurden Steine geworfen und Fenster Scheiben zertrümmert.

Steuern und Währung.

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter wird und geschrieben:

Es kann nicht wundernehmen, daß die Tagung der deutschen Bankiers große Beachtung gefunden, denn schließlich steht der Bankier dem allgemeinen Gang der Volkswirtschaft beobachtend, aber auch unterliegend und gelegentlich wohl auch hemmend näher als mancher andere Berufsstand.

Unter den vielen gehaltvollen Reden, die auf der Tagung gehalten wurden, ist es wohl eine, die am meisten Beachtung neben derjenigen Warburgs beansprucht; das, was Dr. Sinteris über Steuerfragen, und das was Max Warburg über Währungsfragen zu sagen hatte. Reizvoller war wahrscheinlich die Rede Warburgs, aber sie bedrängte sich im wesentlichen darauf, wie er selbst es ja auch ausdrückte, eine Diagnose zu stellen. Sinteris aber — und das lag natürlich im Thema — begnügte sich keineswegs mit der Diagnose, sondern ging ziemlich tief in das ganze uns jetzt so naheliegende Gebiet der Steuerfragen ein. Und er sowohl wie ein Debatterer, der Finanzpräsident Schwarz aus Magdeburg, unterstrichen wiederum die schon oft gehörte Behauptung, daß es weit weniger darauf ankomme, Steuern zu machen, als die Gesehe durchzuführen und die Steuern einzuziehen. Nichts neues — wird mancher Lefer sagen, aber auch dafür hatte der Bankiertag an anderer Stelle die richtige Antwort, die nämlich, daß man auch gewisse Allgemeinheiten gar nicht oft genug wiederholen und es den Leuten nicht häufig genug klarmachen könne, daß 2x2 unter allen Umständen 4 und nicht darüber sei.

Ein besonders bemerkenswerter Punkt der Verhandlungen war es wohl, daß darauf hingewiesen wurde, wie eng die Art der Steuern mit dem allgemeinen Denken des Volkes zusammenhänge. Es war sicherlich schon ein Fehler, daß die Erbschaftsteuerreform — deren großes Verdienst, die Einführung einer Reichseinkommensteuer andererseits nicht scharf genug hervorgehoben werden kann — in den wirren Zeiten, die uns Krieg und Revolution gebracht, mit dem bisherigen Grundgedanken der Veranlagung, der sogenannten Quellensteuer, brach. Diese läßt sich allgemein verständlich wohl am besten dahin kennzeichnen, daß sie all das als Einkommen anfieht und versteuert, was ein guter Haushalter auch als wirklich laufende Einnahme ansehen und demzufolge, wenn es nötig ist, ausgeben würde. Unser neues Steuerrecht geht von einem anderen Grundgedanken aus, von dem nämlich, daß, von ganz seltenen Ausnahmen abgesehen, alles das das Jahreseinkommen darstellt, was im Laufe eines Jahres tatsächlich vereinnahmt wird, ganz gleichgültig, ob es sich dabei um laufende Einnahmen, Zufallsgewinne oder um Einkommen aus flüchtig gewordenen Vermögenswerten handelt (hier liegt ein Teil der erwähnten Ausnahmen). Man wird dem Redner recht geben müssen, der betonte, daß die Schaffung dieses Begriffs des Einkommens nur zu leicht dazu führen könne, diese Einkünfte sämtlich nicht nur als steuerpflichtig, sondern auch als ausgabenfähig anzusehen — daß sie mithin der Verschwendung Vorschub leiste. Es mag heute unmöglich sein, diesem schwerwiegenden Einwand noch nachträglich Rechnung zu tragen. Daß man ihn angeht, der ganzen geistigen Einstellung der Massen in Deutschland (wie übrigens auch außerhalb des Reiches) nicht aus dem Auge verlieren, und daß man versuchen soll, seinen üblen Wirkungen nach Möglichkeit entgegenzuarbeiten, ist andererseits klar.

Max Warburg, der Mann, von dem das berühmte gemordene Wort stammt, es redeten heute so viele Leute von der Valuta, die vor kurzem noch geglaubt hätten, es sei der Name eines hübschen Mädchens, prägte im Laufe seiner übrigens durchweg recht temperamentvollen Ausführungen wieder ein Wort, das den Bankiertag weit überleben wird. Er sagte nämlich: „Die Beziehungen zwischen Finanzminister und Reichsbank dürfen nie so intim werden, daß sie zur Gütergemeinschaft ausarten, denn dann ist er auf Abwegen, und sie verloren.“ Will man den Inhalt der außerordentlich tiefgründigen Warburgschen Ausführungen in die kürzeste

form bringen — wozu man ihnen natürlich in gewisser Hinsicht Gewalt antut —, so könnte man sagen, daß er die jetzt so häufig angepriesene Devaluation (Herabsetzung des Nennwertes durch Notenabstempelung) als unzeitgemäß und unnütz ablehnte. Solange die Lasten des Versailler Dokumentes uns zu erdrücken drohen, ist an eine Stetigkeit des Geldwertes nicht zu denken, läßt sich eine Devaluation also nicht durchführen; ist aber, was auch Warburg, wie alle andern Redner der Tagung, mit größter Schärfe schon aus wirtschaftlichen Gründen für notwendig erklärte, nach dieser Richtung hin einmal Wandel geschaffen, dann wird sich, wie er meinte, eine Stetigkeit des Verhältnisses unserer Währung zu andern ganz von selbst einstellen, und damit ist alsdann eine Devaluation überflüssig geworden.

Angeichts der ganz außerordentlich schlimmen Lage, in der sich die deutsche Wirtschaft zurzeit befindet — und über die auch keiner der Redner mit schönen Worten irgendwie hinwegtäuschen suchte —, war übrigens die Hoffnungslosigkeit bemerkenswert, mit der sie eigentlich sämtlich der weiteren Entwicklung der Dinge für den Fall entgegenjahen, daß es gelinge, eine einigende Abänderung des Versailler Dokumentes durchzuweisen. Aber auch nur dann.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Staatssekretär a. D. Breuß, der Schöpfer der neuen Reichsverfassung, feierte am 23. Oktober seinen 60. Geburtstag.

* In verschiedenen Stellen Berlins ist es zu kommunistischen Ausschreitungen gegen die Wahl von Erwerbslosenräten gekommen; der Wahlakt mußte unterbrochen werden.

* 40 Stadtverordnetenkollegien der Provinz Hannover haben die Auffassung vertreten, daß nur durch die sofortige Wiedereinführung der Zwangswirtschaft die mangelhafte Nahrungsmittelbelieferung für das Land Hannover verbessert werden könne.

* Nach einer Erklärung des französischen Ministerpräsidenten soll Memel an Litauen fallen.

* Meldungen aus Romo behaupten, daß in diesen Tagen in Petersburg und Moskau Ereignisse von größter politischer Bedeutung eintreten würden, da das Regiment Lenin unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehe.

Stung des britischen Handels.

Warum England auf die Beschlagnahme verzichtet.

Der gut unterrichtete „Evening Standard“ wendet sich gegen die Kommentare, die die französische Presse an die Nachricht von dem englischen Verzicht auf Beschlagnahme deutschen Eigentums geknüpft hat, und betont, die englische Regierung habe bereits im Dezember vorigen Jahres bekanntgegeben, daß deutsche Eigentumsrechte, die nach Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen erworben seien, der Beschlagnahme nicht unterlägen.

Die neueste Entscheidung der englischen Regierung gehe noch weiter; das sei hauptsächlich auf die immer dringender werdenden Vorstellungen der englischen Interessenten zurückzuführen. Daß diese Bestimmungen des Versailler Vertrages, soweit sie sich auf England bezügen, aufgehoben worden seien, sei hauptsächlich geschah, um die Räder des englischen Handels zu ölen.

Das Blatt fügt hinzu, einsichtige Persönlichkeiten des französischen Handels würden es gerne sehen, wenn die französische Regierung in dieser Beziehung dem Beispiele Englands folgen würde, der ein Schritt vorwärts auf dem Wege der Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen in Europa sei.

Frankreich widerstrebt heftig.

Das Pariser „Journal des Débats“ veröffentlicht eine halbamtliche Erklärung über den Beschluß des englischen Ministeriums, auf § 18 des Abschnitts 8 des Vertrages von Versailles zu verzichten. Das Londoner Kabinett habe den Vorschlag durch seinen Vertreter in Paris von der getroffenen Entscheidung und der der deutschen Regierung gemachten Mitteilung in Kenntnis gesetzt. Es sei deshalb sehr wahrscheinlich, daß der Vorschlag in einer seiner nächsten Sitzungen mit der Frage befaßt werde. Er werde zu prüfen haben, ob der Schritt der britischen Regierung rechtlich begründet sei, und er werde auch die Folgen dieser Entscheidung, indem er sie in den allgemeinen Rahmen des Friedensvertrages und in das durch den Friedensvertrag vorgesehene System der Zwangsmaßnahmen stelle, abzuwägen haben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Milliarden-Gutscheine an die Entente. Die deutsche Regierung übergab kürzlich der Wiederherstellungskommission einen Guthchein auf 20 Milliarden Goldmark und einen anderen über 40 Milliarden Goldmark. Diese beiden Guthscheine enthalten die Versicherung der deutschen Regierung, daß sie rechtmäßige Gültigkeit besitzen. Der auf 20 Milliarden lautende Schein ist am 1. Mai 1921 zahlbar, der auf 40 Milliarden lautende wird von 1921 bis 1926 mit 2½% verzinst.

* Bayerische Einwohnervotreuen und Entente. In der Frage der bayerischen Einwohnervotreuen soll ein neuer Schritt der Entente bevorstehen. Wenigstens wurde in einer Versammlung der Reichshauptleute der bayerischen Einwohnervotreuen behauptet, daß die Entente nunmehr die Auflösung der Einwohnervotreuen in Bayern fordern werde, und zwar wird diese Forderung damit in Zusammenhang gebracht, daß die französische Regierung die von ihrem Münchener Gesandten Dard verfolgte Politik der militärischen Stärkung Bayerns zum Zwecke der Separation als gehehert betrachte.

* Die evangelischen Kirchenvotreuen in Preußen. Auf Grund des kirchlichen Gemeindegesezes hat eine Neuwahl zu den kirchlichen Körperschaften stattgefunden. Der evangelische Oberkirchenrat hat als Wahltag den 22., 23. und 24. Januar 1921 bestimmt. Die einzelnen Kirchengemeinden wählen hiervon den Tag aus, an dem sie die Wahl vornehmen wollen. Allgemein dürfte wohl als Wahltag der Sonntag, 23. Januar 1921, bestimmt worden sein. Wahlberechtigt sind diejenigen männlichen und weiblichen Mitglieder der Kirchengemeinden, die am Wahltag mindestens 24 Jahre alt sind, zu kirchlichen Gemeindegesezen, soweit sie dazu verpflichtet sind, beitragen und wenigstens drei Monate in derselben Kirchengemeinde wohnen.

* Verstärkter Schutz der Versammlungsfreiheit. Infolge der Vorgänge in der Deutschnationalen Wahlversammlung, in der Dr. Maurenbrecher sprechen sollte, kündigte der sächsische Minister des Innern, Kühn, in der Volkshammer energische Maßnahmen der Regierung zum Schutze der Versammlungsfreiheit an. Die Landespolizei

wird immer zum Schutze von Versammlungungen eingesetzt werden. In diesem Sinne veröffentlicht auch bereits der Dresdner Polizeipräsident eine Bekanntmachung. Die Versammlung wurde bekanntlich von linksunabhängigen gesprengt, die außerdem noch einige hundert Stühle zerklühten.

* Ein Zentrumsjubiläum. Vor fünfzig Jahren wurde auf einer Katholikenversammlung in Soest das erste Zentrumsprogramm vorgelegt, das Dr. Franz Hülskamp nach Anweisung von Mallinckrodt und Schorlemer-Mst ausgearbeitet hatte. Auf dieses Programm wurden im November 1870 zahlreiche Abgeordnete in den Preussischen Landtag gewählt, die am 13. Dezember 1870 zur „Zentrumsfraktion (Verfassungspartei)“ zusammentraten. Das Soester Programm beschränkt sich auf neun allgemeine Grundsätze, die noch maßgebend sind.

* Danzig vor dem Völkerrund. Nach zuverlässigen Nachrichten aus Danzig wird auf der ersten Tagung des Völkerrundes, die am 15. November in Genf stattfindet, die Danziger Frage behandelt werden. Referent wird der Vertreter Bortmann sein.

* Ein Organ der Neukommunisten. Unter dem Titel „Die Internationale“ ist in Berlin das angekündigte Blatt der Neukommunisten erschienen. Es trägt am Kopf die Bezeichnung „Zentralorgan der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Dies, obwohl in dem Leitartikel von Ernst Däumig als das Ziel des Blattes angekündigt wird: „Diese Zeitung soll eine Etappe sein auf dem Wege, der so schnell als möglich zur Schaffung einer „Ver-einigten kommunistischen Partei Deutschlands“ führen soll.“

Aus In- und Ausland.

Schwerin. Auf Grund des Urteils der Disziplinarkammer ist der Amtsverwalter Dr. Albrecht Wendthausen, der während der Kapp-Putschlage mit der Bildung einer vorläufigen Regierung für Mecklenburg-Schwerin beauftragt war, aus dem mecklenburgischen Staatsdienst ausgeschieden.

Dresden. Ministerpräsident Buch betonte in der Volkshammer, Grund und Boden gehörten der Allgemeinheit, doch lehne er gegenwärtig die Überführung der landwirtschaftlichen Erzeugung aus dem Privatbetrieb in den Staatsbetrieb ab.

Paris. Der größte Teil der bolschewistischen Kräfte hat Odessa geräumt. Die gegenrevolutionären Ukrainer belagern die Stadt im Norden. Die Bahnlinie Odessa-Samarkanda befindet sich in den Händen der Russen.

London. Der stellvertretende Präsident der Sinnseiner, Griffiths, hat den Tag, an dem Mac Swinnes Leiche in Irland eintreffen wird, zum nationalen Feiertag erklärt.

Ungarn. Bei den italienischen Gemeindegewahlen wurden 3190 Kandidaten der staatsverhaltenden Parteien und 1370 Sozialisten gewählt.

Buenos Aires. Nach einer hier eingetroffenen Meldung ist der Versuch einer Revolution in Bolivien schnell unterdrückt worden. 27 Mädelführer wurden hingerichtet.

Süd-Tirol.

Der Kampf unserer deutschen Brüder.

Als Südtirol erfuhr, daß es rettungslos den Italienern verfallen war, erfolgte ein erschütterndes Ereignis. Der Streit zwischen den Parteien hörte auf. Die deutsch-freieitliche und die katholische Volkspartei vergaßen ihren Haß und einigten sich zu einem „Deutschen Verband in Südtirol“. Nur die Sozialdemokraten blieben abseits. Obwohl sie nicht im geringsten für die Angliederung an Welschland waren, konnten sie doch ihr Klassenbewußtsein nicht so weit zurückstellen, daß sie sich mit den Bürgerlichen geeinigt hätten.

Man hat Italienerseits den Südtirolern eine weitgehende Autonomie zugesagt. Das war ein Beschwichtigungsmittel, aber die Italiener wissen selbst nicht, was sie sich unter einer solchen Autonomie vorstellen sollen. In Italien gab es so etwas bisher nicht. In italienischen Zeitungen kann man Erklärungen lesen, dahingehend, daß im Trentino ein Statthalter mit unbeschränkter Machtbefugnis regieren solle. Man hält also Autonomie für eine Art Diktatur. Der Standpunkt der Italiener ist der, daß ganz Südtirol einmal früher italienisch gewesen wäre — die Deutschen hätten das Land bloß oberflächlich germanisiert, und das müsse nun wieder rückgängig gemacht werden. Solchen Ansichten irgendwie entgegenzutreten, ist aussichtslos, da die Entscheidung nur auf dem Wege der Gewalt gefallen ist.

Die Italiener sind im Lande zuerst recht schroff aufgetreten. Jetzt ist die Siegermiene eher einer zurückhaltenden Höflichkeit gewichen, die gegen die Brutalität der Tschechen und der Südslawen immer noch vorteilhaft absticht. Aber natürlich wird rücksichtslos der italienische Standpunkt herausgeholt. Deutsche Beamte wurden durch Italiener ersetzt, besonders solche, die vorher sich als Irredentisten betätigt hatten. Öffentliche Schriftstücke werden lediglich italienisch abgegeben. Auf Anfragen antworten die neuen Behörden lediglich italienisch. Der Verkehr nach dem Norden wird erschwert. Ein Verein deutscher Ingenieure in Südtirol mußte seine Sitzungen einreichen; er erhielt sie bald zurück mit der Weisung, das Wort „deutsch“ in seinem Namen zu streichen! Die Polizeipartien, eine dortzulande sehr beliebte Einrichtung, geben nur noch italienische Zirkulare und dergleichen heraus, die natürlich das Volk nicht versteht. Im Eisenbahnbereich herrscht eine ungläubliche Verlotterung, gegen welche die früher so oft bestrittene österreichische Gemütslosigkeit und Schlamperie ein Muster von Ordnung war. Die deutschen Beamten haben den Dienst eingestellt und sind meist außer Landes gezogen, trotzdem auch dort ein schweres Fortkommen zu erwarten war.

Das Auftreten der neuen Herren hat den Widerstand der deutschen Bevölkerung gegen die Verwaltung nur gestärkt. Der alte Tirolertroß ist noch ungebrochen. An einen bewaffneten Aufstand freilich wie zu Napoleons Zeiten kann man nicht denken; hat doch auch dieser 1809 mit einem Zusammenbruch geendet. Aber man ist entschlossen, das Deutschtum zu bewahren, bis bessere Zeiten kommen und Gelegenheit gegeben wird, das Unrecht wieder gutzumachen. Das Wort von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, mit dem die Entente moralische Erfolge ersichtlich, ist auch nach Tirol gedrungen, und man hofft auf eine Zeit, in der man wünschen wird, daß dieses Wort nicht bloß eine Phrase ist. Bis dahin müssen sich die Tiroler mit den Verhältnissen abfinden, so gut es geht, und im Herzen bleiben, was sie von jeher gemeint sind.

Wahrung zu Allerseelen.

Recht euch, Lebende! Die Zeit vergeht:
O wie oft kommt Neu' am Grab zu spät!
Recht euch, Lebende! Die Zeit entfliehet:
Blumen auf dem Grab kein Toter Reht.

Vermischtes.

* Arbeitgeber gegen die Verordnung über die Betriebsstilllegungen. Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Düsseldorf sandte nachstehendes Telegramm an den Reichstanzler: „Erheben gegen Ablicht. Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stilllegungen zu erlassen, entschiedensten Einspruch, da durch Verordnung in unerträglicher Weise in das Wirtschaftsleben eingegriffen wird. Entseignungen können nach Reichsverfassung nur auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Gegen auch dazugehörige Verwahrung ein, daß Regierung, obwohl ihr zugestandenem bekannt ist, daß keinerlei Fälle von sogenannter Arbeitgeberabotage vorliegen, durch Verordnungsablicht zur Verschärfung der Klassengegenstände beigetragen hat.“ Die Austauschstelle der rheinisch-westfälischen Bezirksarbeitgebervereinigungen wandte sich in der gleichen Angelegenheit an die Regierung.

* Reichsabwicklungsamt gegen Gute-Hoffnungshütte. In einer Anzahl von Blättern waren dieser Tage dem Reichsabwicklungsamt „beseitigliche Geschäftspraktiken“ in einem Differenzfall mit der Gute-Hoffnungshütte vorgeworfen worden. Das Reichsabwicklungsamt veröffentlicht dagegen nunmehr eine längere Erklärung, aus der hervorgeht, daß die Angeklagten, die Anzeige wegen Verwahrung des Reichs durch die Gute-Hoffnungshütte erstatteten, nicht vom Reichsabwicklungsamt durch irgendwelche Beeinflussung dazu veranlaßt worden seien. Im übrigen wird der Gute-Hoffnungshütte vorgeworfen, daß sie für Kupferbänder im Wert von 800 000 Mark, die sie zur Herstellung von Granaten erhielt, bisher keine Zahlung geleistet habe, und daß sie ferner, als das durch eine Stichprobe festgestellt worden war, eine weitere Vorlage des Prüfungsmaterials verweigerte.

* Die bayerische Verordnung gegen Wucher- und Schiebertum. In Verfolg ihrer Verordnung gegen das Wucher- und Schiebertum veröffentlicht die bayerische Regierung einen Aufruf an das bayerische Volk, in welchem sie bekanntgibt, daß sie sich gezwungen sehe, die Strafen gegen Schieber und Wucherer bis zum Erlaß entsprechender reichsgesetzlicher Vorschriften durch einstweilige Anordnung beträchtlich zu erhöhen. Nach der gleichzeitig erschienenen Verordnung wird derjenige, der sich schneider Gewinnsucht schuldig macht oder aus diesen Straftaten ein Gewerbe macht oder die Versorgung der Bevölkerung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs erheblich gefährdet, mit Zuchthaus von 1 bis 15 Jahren und zugleich mit Geldstrafe von 100 000 Mark bis zu einer Million bestraft. Neben der Strafe ist auf Einziehung des überpreises eventuell des gesamten Vermögens des Täters, auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Stellung unter Polizeiaufsicht zu erkennen. Dem Täter ist der Betrieb seines Handels oder Gewerbes und jeder andere Handels- oder Gewerbebetrieb zu unterlagen.

* „Wir erleben eine Jammer-Hausse.“ In der Schlussklausur des Deutschen Bankiertages kritisierte als letzter Redner Bankier Eder von der Bank für die Brüchigen Fundamente, auf denen sich unsere Wirtschaft wieder aufbauen soll. Wie könnte die Börse unter den so zweifelhaften gegenwärtigen Verhältnissen ihrer Aufgabe gerecht werden! Der äußerliche Glanz, wie er die Hausse der Effekten vortäuscht, ist trügerisch: „Wir erleben eine Jammer-hausse!“ Wir brauchen einen leistungsfähigen, breiten, nicht auf ungesunden Kredit aufgebauten Markt. Redner wendet sich gegen alle Maßregeln, die die Tätigkeit der Börse erschweren können, in Verbindung mit der Handhabung der öffentlichen Finanzwirtschaft und der Kapitalwirtschaft, die sich in Steuergegebung und Sozialversicherungsbeiträgen ausdrückt. Die Börse steht auf einem vorgeschobenen Posten. Sie muß aber im hohen Verantwortungsgefühl gegen die Allgemeinheit ihre Aufgaben erfüllen.

* Wirtunnenunterschlagungen bei einer Abwicklungsstelle. Durch eine Anzeige war die Berliner Kriminalpolizei auf das Treiben zweier in Uniform eines Zollmeisters und eines Feldwebels auftretender Männer aufmerksam gemacht worden, die in Bars, Dienen und Privatwohnungen, in denen müßte Orgien gefeiert wurden, allabendlich Breden machten, die oft bis zu 10 000 Mark betrugen. Die Polizei verhaftete die beiden Männer bei einem Festgelage. Man stellte fest, daß der eine der Zollmeister Berndt, der zweite der Feldwebel Täubner war, die beide in der Abwicklungsstelle des Sturmbataillons III in Potsdam, und zwar Berndt als Leiter, angestellt waren. Sie hatten in den letzten sechs Monaten rund zwei Millionen Mark Abwicklungsgelder unterschlagen und bis auf den geringen Rest von 78 000 Mark verjubelt. Zum Überflus stellte sich noch heraus, daß die beiden Verhafteten vorbestrafte Verbrecher sind, die vermutlich sich selbst zu Feldwebel und Zollmeister befördert haben.

* Eine herrenlose Viertelmillion. Der erste Hauptgewinn der großen Geldlotterie zugunsten der Kriegs- und Zivilgefangenen im Betrage von 250 000 Mark fiel vor kurzem auf das Los Nr. 459 721. Der Gewinner hat sich bisher noch nicht gemeldet. Das Los verfällt in wenigen Tagen.

* Wer spielte die Königin? Vor kurzem wurde gemeldet, daß in einem Berliner Hotel die ehemalige Königin von Württemberg bestohlen worden sei. Ein paar Tage später wurde berichtet, daß man den Dieb gefaßt habe. Jetzt kommt aus Stuttgart die Nachricht, daß die frühere Königin gar nicht in Berlin gewesen sei und daher auch nicht bestohlen sein könne. Das alles mutet wie eine Grotete an, und man muß sich nun fragen, wer denn eigentlich als Königin aufgetreten und als solche bestohlen worden ist.

* Schuld und Ehre. Eine graufame Familientragödie ereignete sich in Albig bei Alzen. Die Schweinehändler Osterreicher, zwei Brüder in den 40er Jahren und noch lebhaft, gerieten in Streit. Der jüngere zog dabei ein Messer und erschlug den Bruder. Der Tod trat sofort ein. Darauf entleibte sich der Brudermörder durch Öffnen der beiden Pulsadern.

* Verschärfte Vorgehen gegen den Wucher in Bayern. Der bayerische Minister hat beschlossen, gegen den Wucher und Schleichhandel mit außerordentlich verschärften Strafbestimmungen vorzugehen. Eine neue Verordnung bedroht die gewerbmäßige Ausnutzung der allgemeinen Notlage, soweit sie geeignet ist, eine erhebliche Gefährdung der Versorgung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs herbeizuführen, mit Zuchthaus, Ehrverlust, Konfiskation des Übergewinnes und des gesamten Vermögens sowie mit der Stellung unter Polizeiaufsicht und öffentlichen Brandmarkung.

Solmsen und Warburg.

Um den deutschen Bankierstag hatte man sich in früheren Jahren in der Öffentlichkeit nicht sonderlich viel gekümmert. Die Herren hatten auch ihre Sorgen und Schmerzen, gewiß; hatten über unnützen Zwang und übermäßigen Steuerdruck, über Unverständnis und Belästigungen zu klagen und wohl auch unter anderem mancherlei Kleinkämpfe auszuführen. Das berührte aber die Allgemeinheit nur sehr nebenher. Heute ist es anders. Heute lastet der Friedensvertrag von Versailles auf allen Ständen und Berufen des deutschen Volkes mit gleicher Schwere. Der sinnlosen Quälerei, die von ihm tagein tagaus gegen uns ausgeübt wird, droht unsere Wirtschaft schier zu erliegen, und die seltene Widerstandskraft unseres Volkes, die Arbeitsfähigkeit unserer ganzen staatlichen Verwaltung gehen ihrer vollen Ertragskraft entgegen, wenn die Dinge noch lange so weiterlaufen wie bisher. Kein Wunder, daß wir unter solchen Verhältnissen aus den Lamentationen überhaupt nicht mehr herauskommen; aber je länger sie dauern, desto mehr vermag naturgemäß ihre Wirkung. Doch wenn auch Männer, deren ganzes Wesen sonst nur Kühle und Verstand atmet, die einen großen Namen vor der Welt zu vertreten haben und ganz gewiß nicht dem Verdacht nationalen und parteipolitischen Überschwanges ausgesetzt sind, wenn selbst Solmsen und Warburg, zwei der hervorragendsten deutschen Bankfachleute, in die allgemeine Entrüstung über unsere Knebelung durch die Entente miteinstimmen, so darf man hoffen, daß ihre Worte auch außerhalb Deutschlands zum Nachdenken anregen werden.

Was Dr. Solmsen über die verzweifelte Lage unserer Staatsfinanzen sagte, die Milliarden-Zahlen, die er aufmarschieren ließ, sind der Öffentlichkeit in der letzten Zeit schon oft genug präsentiert worden, aber man kann hier gar nicht des Guten genug oder gar zu viel tun, weil die Aufmerksamkeit der Welt heutzutage fast unausgesetzt von gewaltigen Geschehnissen und Erschütterungen in Anspruch genommen ist. Auf der einen Seite betonte er „die grenzenlose nicht wieder gutzumachende, von einer kindlichen politischen Naivität zugegebene Torheit, die Revolution unter Verschlagung aller Ordnung gerade in dem Augenblick ausbrechen zu lassen, als die Verhandlung mit dem Feinde begann, der niemals in seinen Forderungen so maßlos geworden wäre, wie er es schließlich geworden ist“. Auf der anderen Seite hielt er aber auch den Befähigungsmächten einen Spiegel vor, die in unserem Westen ihre Truppen und Beamten ein Leben der Verschwendung, der Genußsucht führen lassen, das jeder Beschreibung spottet, dessen Kosten wir aber zu bestreiten haben. „Wenn hier nicht bessere Einsicht bei der Entente einzieht, so geht unsere Wirtschaft an diesem Zustande zugrunde.“ Unübersehbar ist die Wirkung des Friedensvertrages auf unsere Finanzwirtschaft. Es scheint vermessene, dabei überhaupt noch den Gedanken zu erwägen, unsere Finanzen in Ordnung zu bringen, so lange unser Herzblut aus der ewig offenen Wunde dringt, die uns der Feind geschlagen hat. Was wir unter allen Umständen brauchen, ist die Festlegung unserer Verpflichtungen gegenüber den Feinden. Eher können wir nicht daran gehen, sie getreulich zu erfüllen.

Aber auch nach innen hatte der Redner schwere Vorwürfe zu erheben. Er wies hin auf die ungeheure Kostspieligkeit unserer Verwaltung, die Ausarbeitung unserer Steuergesetze nach parteipolitischen Gesichtspunkten und, vor allen Dingen, die entsetzliche Selbstzerfleischung des Volkes in einem Parteileben, das gar keine Rücksicht auf die schreckliche Gefährdung unserer Gesamtexistenz nehmen zu wollen scheint. „Es handelt sich nicht mehr darum, ob die sozialdemokratische Idee oder die privatkapitalistische die richtige ist — Zank und Streit wollen wir den Politikern und Theoretikern überlassen. Es handelt sich um etwas ganz anderes, darum, ob das deutsche Volk verhungern und untergehen, oder am Leben bleiben und als Staat weiterbestehen soll.“ So gelangt Dr. Solmsen zu einer unbedingten Gegnerschaft gegen jede Art von Sozialisierung in diesem Augenblick, denn sie würde, darüber hegt er nicht den geringsten Zweifel, lediglich den Erfolg haben, die Wirtschaft zu verteuern, die Produktion zu verringern. Das wäre der letzte Todesstoß, den wir uns selber zufügten. Ein leidenschaftlicher Aufruf zur Einigkeit, zur geschlossenen Blockbildung, zur Abgabe an den schlimmsten Feind allen Deutschlands, den Parteiführer, bildete den Schluß dieser Kundgebung, die unter den Zuhörern minutenlangen Beifall auslöste.

Am Nachmittag kam Warburg an die Reihe, ein noch kühleres, noch geschäftsmäßigeres Temperament. Aber auch er mußte, kaum daß er begonnen hatte, erklären, daß, wenn von den maßgebenden Politikern der Gegenseite nicht anerkannt werde, daß es unmöglich ist, die Last eines so langen Krieges nur einem Lande aufzubürden, nichts für die Entwicklung Europas zu hoffen sei. Der Gegenwert der Handelsflotte, der gelieferten Kohlen, des Materials der beschlagnahmten Güter geht bereits in die Hunderte von Milliarden, und noch sei kein Plan, kein Absehen zu erkennen. „Wir müssen fünf Jahre lang jedes Jahr 200 000 Tonnen Schiffe für die Entente bauen; dabei haben die Alliierten Überfluß an Tonnage und bieten uns die abgenommenen Schiffe auf allen Wegen wieder an. Kann dieses Verfahren einen anderen Sinn haben, als den, daß man Deutschland durchaus am Vormarschkommen hindern will? Ähnlich steht es mit den Kohlen, die Frankreich bereits zu stapeln beginnt, während wir nicht wissen, wie wir unseren allerdringendsten Bedarf befriedigen sollen. 131 Milliarden muß das Reich allein an Entschädigung für Eigentum zahlen, das uns im Auslande weggenommen wurde. Wie soll da die Notenspreßung stillgelegt werden können? Wohl sehen alle verständigen Finanzleute der Welt, daß Deutschland geholfen werden muß, aber sie haben nirgends die Führung. Falsch ist es, zu sagen, daß wir den Friedensvertrag erst solange erfüllen müssen, bis sich in jedem einzelnen Punkte seine Unmöglichkeit zeigt. Müssen wir uns denn erst in jedem einzelnen Falle die Köpfe blutig rennen, damit man die falsche Rechnung erkennt? Dann wird, bis alle Unmöglichkeiten erkannt sind, der Wirtschaftskörper verblutet am Boden liegen. Unsere Hoffnung kann nur sein, daß von allen Ländern, die die Leiden des Weltkrieges jetzt zu ertragen haben, die ökonomische Wirtschaftseinheit der Welt

als solche erkannt wird und dementsprechend aus gemeinsam die Heilung suchen. Nur dann werden wir den Irrlehren des Bolschewismus entgegenreten können und die Grundlagen für eine Wirtschaftsführung ermöglichen, die eine Gesundung der Währung ermöglichen.“

Man sieht, auch dieser Redner stützt seine letzte Hoffnung auf Voraussetzungen, die schon längst hätten erfüllt sein können, wenn ihre Erfüllung überhaupt nur ernstlich gewollt würde. Woran es fehlt, ist eben der gute Wille auf allen Seiten; bei uns zu Hause ebenso sehr wie draußen bei unseren Feinden. Aber sie sind noch einmal wenigstens gewarnt, von berufener Seite eindringlich gewarnt worden. Mehr zu tun, acht über unsere Kraft.

Die Dieselmotore.

Verzichtet England auf die Vernichtung?

Aus London wird gemeldet, daß in der deutschen Presse Mißverständnisse in bezug auf die Dieselmotore herrschen. Es bestehe, heißt es, keine wie immer geartete Absicht, sich mit anderen Dieselmotoren zu befassen oder solche zu beschädigen, als mit Unterseeboot-Dieselmotoren; auch bestehe keinerlei Absicht, die Dieselmotorenindustrie Deutschlands zu vernichten. Die Angelegenheit sei übrigens den verbündeten Regierungen überwiesen. So lange die Entscheidung der verbündeten Regierungen schwebt, sei die Zerstörung aller Unterseebootdieselmotoren eingestellt und aufgehoben worden.

Dr. Diesel und sein Motor.

Die Geschichte einer epochemachenden Erfindung.

Ende September 1913 kam auf einer Fahrt von Antwerpen nach London der Ingenieur Dr. Rudolf Diesel auf rätselhafte Weise ums Leben. Er war plötzlich vom Bord des Schiffes, das ihn über den Kanal tragen sollte, verschwunden, und man hat seine Leiche nie gefunden. Verschiedene Anzeichen ließen darauf schließen, daß er Selbstmord begangen hatte, aber etwas Sicheres war darüber nicht in Erfahrung zu bringen. Zugleich mit der Todesnachricht erhielt die Laienwelt wohl zum erstenmal etwas Genaueres über Diesels Erfindung, den nach ihm benannten Motor, der in Fachkreisen natürlich längst bekannt war und als eine der bedeutendsten Neuschöpfungen unserer Zeit gewürdigt wurde. Worin es sich bei dem Dieselmotor handelte, hat der Nicht-Techniker aber sicherlich damals nicht zu ergründen gesucht, und es bedurfte erst des Verlangens der Entente nach Auslieferung und Unbrauchbarmachung der raschlaufenden Dieselmotoren, die sich in Deutschland befinden, um diese Verbrennungskraftmaschinen in den Mittelpunkt des Interesses und der Erörterungen zu rücken.

Es sei zunächst darauf hingewiesen, daß, wie es auch bei zahlreichen andern großen Erfindungen der Fall war, dem Erfinder der Ruhm der Priorität seiner Erfindung von mehreren beachtenswerten Seiten streitig gemacht worden sind. Angesehene Professoren, die an Technischen Hochschulen lehrten, glaubten nachweisen zu können, daß Diesel nur in geschickter Weise die Forschungsergebnisse anderer ausgebaut und praktisch verwertet habe. Ein Gelehrter behauptete geradezu, daß sich an der Vervollkommenung des Motors, wie ihn der Dieselmotor darstelle, kein Mensch ein besonderes Verdienst zuschreiben könne. Dieser Motor sei vielmehr das Resultat der Forschungsarbeit einer ganzen Anzahl hervorragender Techniker, und man könne nicht auseinanderhalten, wo die Arbeit des einen aufhört und die des andern angefangen habe. Wie dem aber auch sein mag, es bleibt für Rudolf Diesel immer noch Lobes genug übrig, und man täte dem Andenken des ausgezeichneten Mannes unrecht, wenn man ihm kurzerhand das Recht auf die Erfindung, die seinen Namen in alle Welt getragen hat, absprechen wollte.

Was ist es nun mit dem Dieselmotor, und worin besteht seine besondere Bedeutung? Man muß sich, um das zu erkennen, vor Augen halten, daß die wirtschaftliche Ausnutzungsmöglichkeit unserer Dampfmaschinen und selbst der Gasmaschine nicht allzu groß ist: Die wirklich in mechanische Arbeit umgewandelte Wärme ist weit geringer als die ursprünglich erzeugte Wärme. Bei den besten Dampfmaschinen kommen nur etwa 15 % der ursprünglich erzeugten Wärme zur Wirkung, bei Gasmaschinen etwa 27 %. Der Dieselmotor aber hat einen Wirkungsgrad von 35 %, und das verleiht ihm seine hohe Bedeutung im Vergleich mit den anderen Wärmekraftmaschinen. Der Motor ist so konstruiert, daß die zur Verwendung gelangenden Brennstoffe in vollkommener Weise ausgenutzt, d. h. verbrannt werden. Auf technische Einzelheiten, die nur den Fachmann interessieren, braucht hier nicht eingegangen zu werden. Es sei nur gesagt, daß Diesels Wärmemotoren einfach wirkende Zylinder haben und im Viertakt arbeiten.

Als Brennstoffe können alle Erdöle in rohem Zustande verwendet werden, daneben aber auch die Rückstände, die bei der Destillation der rohen Erdöle zurückbleiben und unter dem Namen Gasöl bekannt sind. Verwendbar sind ferner auch Paraffinöle, die aus der Steinkohlendestillation herrührenden Teeröle, Schieferöle und unter gewissen Bedingungen auch der Steinkohlenteer. Ja, man hat sogar Fischtran und Pflanzendöl zum Betrieb von Dieselmotoren benutzt, u. a. das Erdbußöl. Infolgedessen kann der Dieselmotor z. B. auch im tropischen Afrika, wo Erdbußöl leicht erzielbar ist, voll ausgenutzt werden.

Nahezu unbegrenzt ist die praktische Verwendbarkeit des Dieselmotors. Schon in der Vorkriegszeit wurde in zahlreichen Schiffen Dieselmotoren, die nur wenig Raum beanspruchten, eingebaut, und was der Dieselmotor für den Bau unserer Unterseeboote bedeutete, ist noch lebhaft in aller Erinnerung. Das ist es ja auch, was ihn bei der Entente so verhaßt gemacht hat und ihn als etwas geradzugewonnenes erscheinen läßt. Unsere Feinde von gestern ahnen, daß der Motor des auf so tragische Weise ums Leben gekommenen deutschen Erfinders auch in künftiger Zeit für Deutschland von größter Bedeutung sein könnte, da er uns in bezug auf die Versorgung mit flüssigem Brennstoff so nützen dürfte, daß wir in dieser Hinsicht wenigstens vom Ausland unabhängig wären.

Repressalien gegen Polen.

Beschlagnahmung polnischer Transporte.

Die polnische Regierung hat bekanntlich in Polen über 200 deutsche Frachtschiffe und Dampfer, die im Neke-Distrikt seit Ausbruch der Revolution interniert sind, und die, trotz des wiederholten Verlangens der Reichsregierung nicht zurückgegeben wurden, enteignet und zu Kriegszwecken gegen Rußland benutzt. Auf Veranlassung der Reichsregierung fanden nun über diese Angelegenheit Verhandlungen in Bromberg statt. Während man noch in Bromberg verhandelte, wurden auf Veranlassung der Warschauer Regierung zehn deutsche Fahrzeuge, die in Graudenz lagen, und die bisher noch nicht der Requisition anheimgefallen waren, von den Polen beschlagnahmt. Infolge dieser unfreundlichen Haltung der polnischen Behörden hat die deutsche Regierung zunächst die für Polen bestimmten Transporte Superphosphat aus Schweden, die in Stettin eingetroffen waren, angehalten, um einen Druck auf Polen ausüben zu können. Da das schwedische Superphosphat von den Polen dringend benötigt wird, haben die zivilen polnischen Behörden in Bromberg erklärt, daß sie ihrerseits alles tun würden, um von den militärischen Stellen eine Aufhebung der Schiffsrequisitionen zu erlangen.

Das Ende der Kleinstaaten.

Verschmelzung mit Preußen.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, dürften die Bestrebungen einer Reihe mitteldeutscher Staaten auf Verschmelzung mit Preußen in absehbarer Zeit verwirklicht werden. In Thüringen, Anhalt, Lippe und Braunschweig ist man zur Erkenntnis gekommen, daß die Kleinstaaten auf die Dauer nicht lebensfähig sind und aus Erparnisgründen eine Verschmelzung mit Preußen zu betreiben sei. Die Verwaltungskosten der Kleinstaaten bedeuten für sie eine starke Belastung, die zum finanziellen Ruin führen muß. Die Kleinstaaterei scheint überlebt. Selbst Groß-Thüringen kann sich in seiner neuen Staatsform nicht halten. Für Preußen bedeutet die Übernahme keine zu starke Belastung. Preußen wird auf diese Weise für seine Verluste im Osten entschädigt, und das Beilehen von 6 bis 8 großen Freistaaten im Reich wird für die Republik als großartig betrachtet an Stelle der zahlreichen kleinen überlebten Staatsgebilde.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ **Ausführungsgezet zum Betriebsrätegezet.** Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat auf eine kleine Anfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten Giebel, wann das Gezet über die Entsendung von ein bis zwei Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat erfolgen werden würde, folgendes geantwortet: „Der Vorentwurf eines Ausführungsgezetes zu § 70 des Betriebsrätegezetes ist im Reichsarbeitsministerium fertiggestellt und wird in aller nächster Zeit mit den wirtschaftlichen Vertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besprochen werden.“

+ **Erweiterung der Rechte des preussischen Finanzministers.** Der Hauptausschuß der Preussischen Landesparlament hat zum Haushalt des Finanzministeriums für das Rechnungsjahr 1920 folgenden Antrag angenommen: „Die Staatsregierung zu ersuchen, dem Finanzminister in erhöhtem Maße das Recht und die Möglichkeit zu geben, die von anderen Ministern angemeldeten Geldforderungen, soweit diese nicht auf Beschüssen der Landesversammlung oder auf rechtlichen Verpflichtungen beruhen, mit Erfolg zurückzuweisen, wie dies entsprechend für den Reichsfinanzminister durch die vom Reichskabinett am 9. Oktober 1920 beschlossenen Grundsätze geregelt ist.“

+ **Zusammenlegung der Wahlen.** Bekanntlich hat der Wahlausschuß der Preussischen Landesversammlung einen Unterausschuß beauftragt, mit einem entsprechenden Ausschuß des Reichstages in Verbindung zu treten, um gemeinsam mit ihm über die Grundzüge der künftigen, für das Reich und Preußen durchzuführenden Wahlgeseze Fühlung zu nehmen. Wie es heißt, besteht die Absicht, bei dieser Gelegenheit auch zu einer gemeinsamen Festlegung des Wahltermins zu kommen, um auf diese Weise die Preussenwahlen und die Nachwahlen im Reichstage gleichzeitig durchzuführen zu können.

+ **Was Moskau uns prophezeit!** Die Petersburger bolschewistische „Pravda“ begrüßt in einem spaltenlangen „Der Sieg von Moskau“ überschriebenen Artikel das Ergebnis des Halleischen Parteitagcs, prophezeit Deutschland einen „roten revolutionären Winter“ und den Sieg der deutschen proletarischen Revolution.

+ **Ein Vortrag Escherichs verboten.** Der bekannte Forstrat Escherich wollte in Breslau in den Jahreshundertfalsen sprechen; der Oberpräsident hat jedoch die Versammlung verboten und scharfes Vorgehen gegen die Orgel verprochen. Escherich hat gegen das Verbot Klage im Verwaltungsstreitverfahren erhoben.

Litauen.

+ **Fortsetzung der polnischen Angriffe.** Polnische Infanterie- und Kavallerie-Abteilungen, die von Panzerzügen mit Schnellfeuergechützen unterstützt wurden, unternahmten einen starken Angriff gegen die litauischen Stellungen an der Eisenbahnlinie Landwarowo-Orann. Nach fünfstündigem blutigen Kampf wurden die Litauer gezwungen, sich vor dem übermächtigen Feinde drei Kilometer zurückzuziehen, nachdem sie diesem schwere Verluste zugefügt hatten.

Griechenland.

+ **Die Regelung der Thronfolge.** Der griechische Ministerrat hat eine Proklamation an das Volk gerichtet, in welcher dem Schmerze der Nation über die „verlorene Jugend des guten Königs“ Ausdruck gegeben wird, dem es nicht vergönnt war, über Groß-Griechenland zu regieren. Die Proklamation teilt mit, daß Prinz Paul zur Thronfolge berufen wird, daß jedoch wegen seiner Abwesenheit vom Lande und angesichts der Lage der Nation gegenüber der Dynastie des Königs Konstantin die Regierung die aufgelöste Kammer wieder einberufen werde, um einen Regenten zu ernennen.

Deutscher Reichstag.

(23. Sitzung.)

OB. Berlin, 28. Oktober.

Die Beratung des Haushaltsplans geht heute weiter. Unter den Abgeordneten herrscht zu Anfang der Sitzung noch lebhafter Gedankenaustausch über die Rede des Reichsfinanzministers Dr. Birtz, der gestern nach dem Reichstagsantritt sprach. Er betonte besonders die Ungeheuerlichkeit, daß selbst heute noch nicht die aus dem Friedensvertrag resultierenden Lasten Deutschlands festgesetzt sind. Eine Gesundung ist erst möglich, wenn eine klare Festsetzung der deutschen Leistungen und der deutschen Leistungsfähigkeit gegeben ist. Unsere fundierte Schuld beläuft sich auf 91 Milliarden, die schwebende Schuld auf 157,3 Milliarden. Insgesamt beträgt unsere Schuld 288 Milliarden. Damit ist unsere Schuld aber noch nicht an ihrer oberen Grenze angelangt. Der Minister verbreitet sich im einzelnen über den Etat, erwähnt die großen Anzeichen einer Weltwirtschaftskrise und sagt, infolge des Mittels der Verfallens würden wir über die Frage eines allgemeinen Dienstjahres nicht hinwegkommen. Wir müßten unbedingt zu Taten schreiten.

Auch heute sind der Reichskanzler und fast sämtliche Reichsminister erschienen. Nachdem der Notetat ohne Aussprache in erster Lesung Annahme gefunden hatte, begann die

Aussprache über die Regierungserklärungen.

Abg. Scheidemann (Soz.) befaßte im ersten Teil seiner Rede die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. Er leitete diese Ausführungen mit dem Bemerkten ein, daß die gestrige Rede des Reichskanzlers auf einen Ton tiefer Resignation geklungen sei. Die Ausführungen des Reichskanzlers standen in einem merkwürdigen Gegensatz zu dem Tone der Zuversicht, der vor vier Monaten an der Wiege der jetzigen Regierung erklingen sei, von einer Partei, die jetzt auf der Ministerbank sitze, hörten wir damals ganz andere Töne. Die Deutsche Volkspartei erklärte damals: Laßt es einmal die verdammten Sozialdemokraten unten und uns oben sein, dann werden wir die Sache schon machen. Gestern hat der Reichskanzler solche Agitationsmethoden als scharlatanhaft und lügnertisch gekennzeichnet. Der Parteitag in Kassel, fuhr der Abgeordnete fort, hat dem Ernährungsminister Permes einen Liebesbrief zugebracht, den ich hiermit überreiche. Die Erbitterung der Massen ist groß. Man hat uns eine Besserung der Ernährung, der Valuta und der gesamten politischen Lage versprochen. Wo ist sie? War die Valuta jemals so erbärmlich? Die weiteren Angriffe des Redners auf die Rechte wurden wiederholt von Mitgliedern der Rechten durch Zurufe unterbrochen. Weiter kritisierte der Abg. Scheidemann den Vertrag von Versailles, trat für Aufnahme der politischen Beziehungen zu Ausland ein und behandelte die oberste politische Frage. Der Redner griff den General v. Seeckt heftig an und tadelte die Haltung der Monarchisten während der Revolution. Es entstanden dabei so

Heftige Sämannsbrüche.

So daß Scheidemann erst nach längerer Zeit weitersprechen konnte.

Der nächste Redner war der Reichswehrminister Gessler, der mit kurzen Worten die Angriffe des Vorredners auf das Reichswehrministerium und das Oberhaupt der Reichswehr, den General von Seeckt, zurückwies. „Ich allein trage die Verantwortung für die Vorgänge im Reichswehrministerium“, betonte der Minister. „Ich teile diese Verantwortung auch nicht mit dem General v. Seeckt.“ Der Minister rühmte die dienstliche Tätigkeit des Generals, der erfolgreich bemüht sei, den Geboten von Spa entsprechend, das Heer zu vermindern. Zum Schluß rief der Redner aus, er bedauere, daß einem Heere, an dem sich eine solche Tragödie vollziehe, wie an dem deutschen, nicht mehr Verständnis entgegengebracht wird. Hier ertönte lebhafter Beifall rechts.

Sodann sprach der Reichskommissar für die Entwaffnung Dr. Peters, der auf die Frage des Abg. Scheidemann nach dem Stande der Entwaffnung näher einging. Der Reichskommissar erläuterte diesen Stand durch Ziffern, wobei er bemerkte, es sei erklärlicherweise nicht leicht, ein Volk von 60 Millionen zu entwaffnen, aber die Entwaffnung nehme ihren angemessenen Verlauf.

Hierauf sprach der Abg. Trimborn (Zentr.). Er beschuldigte sich zuerst ausführlich mit dem Frieden von Versailles und mit der auswärtigen Politik, wobei er bedauerte, daß Deutschland auf diesem Gebiete völlig isoliert sei. Der Redner billigte rundweg die gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers und billigte es namentlich, daß

Deutschland an dem russisch-polnischen Kriege

neutral geblieben sei. Die Rede Scheidemanns fand der Sprecher des Zentrums überhebend. Die Mehrheitssozialdemokratie überhöht ihre Kräfte. Ihre innere Zerrissenheit sei auf dem Parteitage in Halle in das grellste Licht gestellt worden. Der Redner wandte sich ferner gegen die Volkswissen in Deutschland und erörterte hierauf die Frage der Sozialisierung, wobei er betonte, daß die Initiative des Unternehmers nicht ausgeschaltet werden dürfe.

Gegen die Besetzung des Ruhrreviers.

In seinen weiteren Ausführungen dankte der Redner des Zentrums dem Papste für seinen ergreifenden Ruf zur Einigkeit aller Völker. Ferner sprach er für die Errichtung einer diplomatischen Vertretung in Berlin dem päpstlichen Stuhle den Dank der Zentrumsfraktion aus. Weiter mahnte er zur Sparsamkeit, wobei er erklärte, man rede so leicht hin vom Staatsbankrott. Es gibt kein unfürgeres Wort als dieses. Es bedeutet die Revolution. Die in Spa angedrohte Besetzung des Ruhrreviers wäre nach der Ansicht des Redners, wenn sie zur Durchführung käme, das finanzielle und politische Ende des Reiches. Wir müssen alles tun, um keinen Vorwand für eine solche Besetzung zu geben. Einen solchen Vorwand könnten auch innere Unruhen liefern, und innere Unruhen hängen mit der Ernährung zusammen. Die Zwangswirtschaft mußte fallen.

Hierauf sprach für die deutschnationale Volkspartei der Abg. Graf Westarp. Er befaßte sich im Eingang seiner Rede ausführlich mit Oberbegriffen. Er bedauerte es, daß die Regierung den Untrieben der Polen nicht schärfer entgegengetreten sei, behandelte ferner die Ausschreitungen in Breslau, wobei er bemerkte, daß unter dem alten Regiment nicht nur der Polizeipräsident von Breslau, sondern auch der preussische Minister des Innern deshalb hätte gehen müssen. Sodann bemängelte der Redner nachdrücklich, daß von der Regierung durch den Reichsminister des Auswärtigen Simons ein so umfangreiches Bedauern kundgegeben worden sei, ein Bedauern, das sich auch auf zahllose Fälle erstreckte, in denen zweifellos die Franzosen die Schuldigen an den gegen sie gerichteten Ausschreitungen gewesen seien.

Die allgemeine Aussprache dürfte sich noch bis Ende der Woche hinziehen.

Preussische Landesversammlung.

(170. Sitzung.)

tt. Berlin, 28. Oktober.

Das Haus ist in Erwartung der Verfassungsdebatte gut besucht. Der Präsident teilt mit, daß Beschränkungen in der Aussprache nicht stattfinden sollen. Der Einzelbegründung soll bei § 1 eine allgemeine Begründung vorausgehen. Der Ausschuss hat eine Reihe von Änderungen vorgenommen; außerdem liegen weitere Änderungsanträge vor.

Die Verfassungsvorlage

steht als einziger Punkt auf der Tagesordnung. Abg. Sirsch (Soz.): Die Beschlüsse des Ausschusses sind ein Kompromiß. Auch wir haben manches zurückgestellt, weil wir an unserem Widerspruch das ganze Verfassungswerk nicht zittern lassen wollten und konnten. Ein unzweideutiges Bekenntnis zur republikanischen Staatsform enthalten die §§ 1 und 2. Mit dem Obrigkeitssatz haben wir endgültig gebrochen. Der Redner polemisiert gegen die Äußerungen auf dem Parteitag der Deutschnationalen in Hannover und gegen die Rechte des Hauses. Die Anträge der Rechtsparteien auf einen Staatspräsidenten für Preußen lehnt der Redner ab.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Nachwehen des Zeitungstreiks.) Ein vom Reichsarbeitsministerium eingeleitetes Schiedsgericht, in dem Vertreter beider Parteien und Unparteiische vertreten waren, hatte darüber zu entscheiden, ob den im Zeitungstreik entlassenen Arbeiter der Lohn voll zu zahlen sei. In einem Streit, so lautet der Schiedsspruch, liegt in der tatsächlichen Verweigerung der indirekten Streikarbeit eine Arbeitsverweigerung, die zu fruchtloser Entlassung berechtigt. Die bloße Erklärung aber, daß ein Arbeiter indirekte Streikarbeit nicht leisten werde, berechtigt zur Entlassung nicht. In dem vorliegenden Falle werden die Arbeitgeber zu voller Bezahlung der Streiktage verurteilt, weil sie den vom Buchdruckerstreik vorgezeichneten Schlichtungsweg nicht erschöpft hatten, ehe sie Entlassungen vornahmen.

Kaiserslautern. (Beigelegter Ärztestreik.) Nach fünfmonatiger Dauer ist mit dem 28. Oktober der Ärztestreik der Ortskrankenkasse Kaiserslautern beigelegt worden.

Duisburg. (Streik der westdeutschen Kanalschiffer.) Die Kanalschiffer des Rhein-Herne-Kanals und des Dortmund-Ems-Kanals sind in den Ausstand getreten, nachdem die Verhandlungen mit den Arbeitgebern gescheitert sind.

Vermischtes.

Eröffnung einer sozialhygienischen Akademie. In Breslau ist die Öffentliche Sozialhygienische Akademie eröffnet worden. Sie bezweckt, an der Wiederaufrichtung der zerstörten Volksgesundheit durch Vertiefung der Fachausbildung der staatlichen und kommunalen Medizinal- und Fürsorgebeamten mitzuwirken.

□ Himmelserscheinungen im November. Wir sind jetzt bald wieder in der Zeit der langen Nächte. Die Tageslänge beträgt am 1. d. Mts. 9 Stunden 36 Min. und nimmt bis zum Ende des Monats bis auf 8 Stunden 1 Min. ab. Die Auf- und Untergangszeiten der Sonne sind nach mitteleuropäischer Zeit für den Breitengrad von Berlin am 1. d. Mts. 6 Uhr 58 Min. und 4 Uhr 29 Min., am 11. 7 Uhr 16 Min. und 4 Uhr 11 Min., am 21. 7 Uhr 34 Min. und 3 Uhr 57 Min. und am 30. d. Mts. 7 Uhr 49 Min. und 3 Uhr 49 Min. Am 10. November findet die zweite Sonnenfinsternis des Jahres statt. Sie ist eine ziemlich bedeutende partielle, bei der Dreiviertel des Sonnendurchmessers vom Monde bedeckt werden. Sie beginnt 2 Uhr 47 Min in West-Canada und endet 6 Uhr 57 Min. in der Nähe von Madeira. In Deutschland wird die Finsternis nur in den Orten, welche westlich der Linie Osnabrück, Wexlar, Borsheim liegen, kurz vor Sonnenuntergang beobachtet werden können. — Den Mond sehen wir zu Anfang des Monats in abnehmender Gestalt; er erreicht am 3. vor-mittags 9 Uhr das letzte Viertel. Am 10. abends 5 Uhr haben wir Neumond, am 18. abends 9 Uhr das erste Viertel und am 26. morgens 3 Uhr Vollmond. — Von den Planeten wird der Merkur, der mit dem August verschwunden war, gegen Ende des Monats bis zu einer Stunde wieder zu beobachten sein. Besonders fällt die Venus, die bei ihrem blendend weißen Licht schnell herauszufinden ist, am südwestlichen Abendhimmel auf; ihre Sichtbarkeitsdauer nimmt von $\frac{3}{4}$ bis auf über $1\frac{1}{4}$ Stunden zu. Der Mars ist gegen Ende des Monats noch fast drei Stunden nach der Abenddämmerung im Südwesten zu finden. Jupiter steht Mitte des Monats bei Sonnenaufgang im Meridian; er ist zunächst vier, später bis zu 6½ Stunden zu sehen. Der Saturn steht zu Beginn der vierten Woche bei Sonnenaufgang im Meridian und ist dann etwa 5 Stunden vor Tagesanbruch zu beobachten. — Sternschnuppen sind in der Regel besonders um den 13. und 27. November zu beobachten, ferner am 1., 2., 7., 16., 17., 20. und 30. d. Mts.

□ Beim Schmuggeln erschossen. Wie aus Oberstaufen gemeldet wird, kam es an der österreichischen Grenze zwischen zwei österreichischen Grenzpolicisten und zwei schwerbepackten Schmugglern zu einem Kampf, in dessen Verlauf der Schmuggler Haid aus Gasteiz erschossen wurde.

□ Deutsch in Frankreich. Raymond Poincaré, der frühere Präsident von Frankreich, tritt im „Temps“ energisch für den deutschen Sprachunterricht in Frankreich ein. Sowohl für die wirkliche Wiedergewinnung des Elsaß als auch für eine erfolgreiche französische Politik im Saar- und Rheingebiet sei die Kenntnis der deutschen Sprache notwendig. Das gelte noch mehr für die Ausgestaltung der Handelsbeziehungen zu Deutschland, wo die Franzosen sich schon allzulehr von den Engländern überflügeln ließen, ebenso für die Gelehrten, denen sonst die notwendigen Grundlagen für ihre Untersuchungen fehlen würden.

Dienstag, den 2. November beginnt in Lurastraße im Hüttengasthaus ein theoretischer und praktischer

Fortbildungskursus f. Frauen u. Töchter.

Lehrgang:

1. Gewandte Umgangsformen im gesellschaftlichen und beruflichen Leben. Besuche machen und empfangen. Die Vorstellung. Die verschiedenen Formen der Einladung und deren Beantwortung. Familienanzeigen richtig abfassen. Anreden und Titulaturen, Pflichten der Hausfrau und Hausangestellten. Gute Manieren beim Essen.
2. Der Frühstückstisch, Kaffee-, Tee- und Mittagstisch in der Familie. Der Damentisch, der Herren- und Damentee. Die festliche Mittags- und Abend-tafel. Die fleckende Tafel, kaltes Büfett. Geschmackvoller Tafelschmuck.
3. Regeln der Bedienung und Gastgeber. Das Servieren. Das Serviettenbrechen. Feine Baderezepte. Der Unterricht wird mit allen Tafelgeräten praktisch ausgeführt. Anmeldungen nur Dienstag dem 1. Kurstag von 2 Uhr ab. Tageskursus um 1½ Uhr, Abendkursus um 7 Uhr. Eintrittskarten für den ganzen Lehrgang 30 Mark. Notizzbücher bitte mitbringen.

Die Kursusleitung: Frau Hedden.

Die graue Frau

Roman von A. Götter-Greife.

3] (Nachdruck verboten.)

„Du glaubst nicht daran? Du, der eigene Vater?“ Der Oberbuhalter schien alle Warnungen Dittrichs vergessen zu haben, so laut sprach er. — „Hat er nicht dort, auf diesem Platz vor dir gestanden und geschworen, daß er sich ändern wird?“

„Ich glaube seinen Schwüren nicht mehr“, entgegnete Anselm Gerhard trocken.

„Schäme dich!“ schrie der andere wie außer sich. „Wie kannst du so von ihm sprechen? Das verdient er nicht!“

Die Stimmen verwirrten sich; sie klangen jetzt nur undeutlich, aber aufs äußerste erregt. Der alte Diener sah noch einmal nach, ob die Tür auch ganz zugezogen sei, dann schritt er, aufmerksam nach beiden Seiten spähen, den langen Korridor hinunter, der im Halbdunkel vor ihm lag. Sein Schritt verhallte völlig auf dem dicken Teppich. Da plötzlich stieß der Alte einen leisen Schrei aus; der Stab, welchen er trug, entfiel den zitternden Händen. Jetzt war es beinahe ganz finstern, aber dennoch sah der Alte deutlich eine seltsame, schattenhafte, graue Gestalt, welche an ihm vorüberstrich und eine Sekunde später auch schon verschwunden war. Er hatte nicht das mindeste Geräusch vernommen, keinen Fußtritt, kein Knarren des grauen Schleierns, kein Klappen einer Tür. Aber das Gewand der eigentümlichen Erscheinung hatte ihn gestreift, so nahe, daß er die Berührung an seiner Schulter noch zu fühlen vermeinte. Es war beinahe wie ein leichter Stoß gewesen.

„Alle guten Geister“, stöhnte der Alte und schlug rasch ein Kreuz. „Das war sie wieder, die graue Frau des alten Gerhard-Hauses! Ich hab' sie gesehen! Mit meinen eigenen Augen hab' ich sie gesehen, mit meinen Händen hab' ich ihr Gewand berührt! Steh' uns bei, du grundgütiger Heiland! Alle seligen Engel bittet für uns...“

Er stotterte alle möglichen Stohgelein, die ihm in seiner Angst und Verwirrung in den Sinn kamen, während er mit unsicheren Händen den Stab wieder aufhob. Dann entzündete er rasch die beiden Gasflammen, die gewöhnlich nicht brannten. Jetzt lag der Gang plötzlich in hellem Lichte. Mit wandelnden Schritten ging der Alte hin und her, die Wände genau betrachtend. Auch hier war bis zu Manneshöhe alles in dunklem Holze getäfelte, das nirgends eine Spalte, eine Ritze aufwies. Nur eine einzige, tiefe Ritze in der Nähe des Kontors unterbrach die gerade Linie. Dittrich hob das Licht. Aber auch hier war nicht die leiseste Spur von der Anwesenheit eines fremden Wesens zu entdecken. Ringsum lautlose Stille; kein Ton, kein Geräusch, außer dem eintönigen Ticken der großen Wanduhr, deren Pendel eben vom Schläge aushub.

„Es war wirklich die graue Frau“, flüsterte der Diener vor sich hin. „Sie spukt wieder einmal. Herr Gott, da gibt's bald ein Unglück oder eine Leiche im Haus. Verabs' uns in Gnaden, heiligste Mutter!“

Allerhand wirres Zeug murmelnd, schritt er nun nochmals, sich immerfort sehen umsehend, den Gang zurück und krieg dann die schmale, gewundene Steintrappe hinauf, die vom Erdgeschoß in das obere Stockwerk führte.

Die Knie schlotterten ihm noch, als er, droben angelangt, die starke Eisentür aufklickte, welche den Zugang zu den Wohnräumen der Familie bildete. Während er im Vorzimmer die Lichter anzündete und allerlei für die erwarteten Gäste vorbereitete, sah er sich immerfort angstvoll um. Mit einmal zuckte er wiederum zusammen. Deutlich und scharf klang aus dem Zimmer der Hausfrau ein Knarren, als wenn eine Tür sich in den Angeln drehe, dann ein eigentümlich klapperndes Ton, ein Knaden, als würde ein Schlüssel im Schlosse umgedreht.

„Gnädige Frau!“ schrie der alte Mann, heiser vor innerer Erregung, und pochte laut an die Tür zum Zimmer der Herrin — „Gnädige Frau!“

In demselben Augenblick stieß jemand drinnen heftig einen Stuhl zurück, ein Schritt näherte sich dem ver-türten Kinnast, ein Kiesel wurde weggeworfen, und

eine Sekunde später stand Frau Angela Gerhard auf der Schwelle.

„Was gibt's, Dittrich?“ fragte sie und sah mit einem kühlen, erstaunten Blick den Alten an. „Weshalb erschrecken Sie mich so? Fällt das Haus zusammen? Ist ein Unglück geschehen?“

Er sah starr nach der hohen, schlanken Gestalt.

„So — so waren gnädige Frau selbst drinnen?“ stotterte er endlich.

Sie wurde ein wenig ungeduldig.

„Weshalb nicht?“ fragte sie scharf. „Dies ist doch mein Zimmer! Ich habe Toilette gemacht für die Gesellschaft.“

„Aber die Tür — ich hörte doch eine Tür gibt es doch fallen — und im Zimmer der gnädigen Frau ist es doch bekanntlich keinen Ausgang außer diesem, nicht einmal einen Kasten — gar nichts.“

Er sah sie völlig hilflos an; sie aber zuckte nur die Achseln und wollte sich eben unwillig abwenden, als ein junger Mann durch eine der vielen Türen in das Vorzimmer eintrat. Draußen hatte sich ein heftiger Wind erhoben, welcher durch das Haus pfiff. Er riß dem Eintretenden den Türflügel aus der Hand, daß er krachend ins Schloß fiel. Entsetzt fuhr Dittrich herum. Als er den jungen Mann erblickte, glitt ein Schimmer von Beruhigung über sein verängstigtes Gesicht.

„Herr Kurt“, rief er in kläglichem Tone, „Herr Kurt, denken Sie nur! Die Geister des alten Gerhard-Hauses stehen wieder auf und wandeln. Die graue Frau habe ich eben selbst gesehen.“

„Die graue Frau?“ rief Frau Angela Gerhard. Sie mußte über die Worte des Alten sehr erschrocken sein, denn die Knie zitterten ihr und das schöne Antlitz leuchtete blutlos weiß aus dem dunklen Hintergrund des Zimmers herüber.

(Fortsetzung folgt.)

bis 1000 M. monatlich, leicht zuhause, ohne Vorkenntnisse.
Dauernde Existenz. Näheres auf briefliche Anfrage durch:
S. Wöhrle & Co., G m b H,
Berlin-Lichterfelde, Postfach 548.

Heimattreu bis in den Tod!

Wenn am Abend des Allerheiligentages die Lichter auf den Gräbern in Oberschlesien brennen, dann steigen die Schatten der Toten, die ihrer Heimat Treue bis zum Tode bewahrt haben, aus den Gräbern empor. Die Opfer der Augusttage 1920 ziehen an unserm geistigen Auge vorüber. Welche Gedanken auch manchen von uns bewegen werden in dem Knistern der Kerzen, in dem Säuseln des Windes werden wir leise die Mahnung vernehmen:

„Kein Bruderkampf, sondern Friede und Versöhnung!“

Auch der Verband Heimattreuer Oberschlesier gedenkt an diesem Tage seiner treuen Mitarbeiter, die unschuldig ihr Leben lassen mußten. Soweit bisher bekannt, haben wir folgende Opfer des blutigen Augustbruderkampfes aus unseren Reihen zu beklagen:

Adamek, Knurów
Berthold Arlt, Makoschau
August Baron, Lëntzberg
Alfred Bittmann, Hratschein
Boczinski, Gr. Dubensko
Alois Brand, Dolein
Paul Cipionka, Bogutschütz-Süd
Johann Fitza, Michalkowitz
Max Frank, Lendzin
Franz, Bismarckhütte
Geyer, Przegendza
Vinzent Gohla, Badzionkau
Adolf Golly, Bobrek
Franz Haiduk, Sczeikowitz
Ernst Hoffmann, Bogutschütz-Süd
Peter Holotta, Bogutschütz-Nord
Paul Kaerger, Bogutschütz-Süd
Josef Kozi, Stepankowitz
Paul Krömer, Dirschel
Florian Kuban, Pogosch
Johanna Kubanek, geb. Kikutt, Bittkow
Paul Kurzej, Antonienhütte
Eduard Kutz, Myrow
Johann Latussek, Idaweiche
Alfred Linhardt, Hindenburg
Theodor Lohs, Maczeikowitz
Willi Lukosch, Michalkowitz
Matzner, Schomberg
Heinz Mohr, Batibor
Josef Myril, Stebetz
Myschinski, Karf
Josef Nierobisch, Hindenburg
Noczinski, Bentzen
Franz Nohl, Bismarckhütte
Ludwig Nohl, Dt. Piekar
Ludwig Nowak, Tarnowitz
Paul Nowak, Gr. Dombrowka

Ernst Ohnmacht, Miedowitz
Wilhelm Olczok, Schmardt
Walter Ossig, Miedowitz
Padushek, Bobrek
Pietrek, Scharley
Wilhelm Potyka, Friedenshütte
Maximilian Prause, Hermsdorf
Radlik, Charlottengrube
Richard Ramlow, Bobrek
Josef Rotkegel, Damasko
Max Rotkegel, Damasko
Paul Rotkegel, Damasko
Paul Sajnski, Lowkowitz
Otto Schieleit, Bielschowitz
Leo Schimainski, Bielschowitz
Marie Schittko, Bogutschütz-Nord
Anton Schylliczyk, Alt-Gleiwitz
Leo Schyschka, Ziemientzitz
Theofil Sczensny, Bogutschütz-Süd
Alois Skrobek, Michalkowitz
Hans Slowig, Michalkowitz
Arthur Sorski, Bittkow
Stegmann, Gr. Dubensko
Heinrich Stiller, Przegendza
Johann Stollorz, Schoppinitz
Strenczyk, Loslau
Hermann Tyralla, Schmardt
Friedrich Vater, Rosdzin
Wachsner, Karf
Leo Werner, Antonienhütte
Max Wessel, Friedenshütte
Adolf Wischnowski, Bobrek
Paul Wittrin, Birkental
Johann Woschczytzki, Hindenburg
Zeller, Alt-Dubensko
Max Zipper, Nassiedel
Konrad Zlotosch, Friedenshütte

Ehre diesen Märtyrern! Ehre diesen Heimattreuen!
Möge ihnen die oberschlesische Erde leicht sein!

Verband heimattreuer Oberschlesier
Zentrale für Oberschlesien: Kattowitz.
Dr. Quester.

o Angehaltenes Schiebergut. Vor kurzem waren auf dem Fernbahnhof Blauen im Vogtland neun mit Geschützteilen, Weisshildern usw. beladene Eisenbahnwaggons, die über Eger nach der Tschechoslowakei gehen sollten, angehalten worden, weil der Verdacht einer beabsichtigten Verschlebung des wertvollen Materials in das Ausland bestand. Jetzt wurde die vorläufige Entscheidung getroffen, daß die neun Waggons nach Dresden zur Verfügung des Reichsbeauftragten für Ein- und Ausfuhr zurückgehen sollen.

o Die Erpressung an Direktor Gerstenberg vor Gericht. Im Sommer vorigen Jahres wurde gegen den Vorsitzenden des Ausschusses der Versicherungsgesellschaft „Vittoria“, Direktor Gerstenberg, in Karlsruhe ein Erpressungsversuch verübt, der damals großes Aufsehen erregte. Ein früherer Angestellter der „Vittoria“, Matthes, der Automobilkoffer Karl Hemmann und der Kette Franz Thiele fuhrten im Kraftwagen nach Karlsruhe, lockten Gerstenberg unter Vorpiegelung einer geschäftlichen Unterredung in ein Hotel und erpreßten die Unterzeichnung einer Anweisung auf 1½ Millionen Mark. Zwei der Erpresser fuhren nach Berlin; der dritte hielt Gerstenberg in seinem Zimmer fest. In einem unbewachten Augenblick gelang es Gerstenberg, aus dem Fenster auf einen Mauervorprung zu klettern, und von da aus wurde er gerettet. Matthes hat sich bei seiner Verhaftung auf der Polizeiwache erschossen. Jetzt standen Hemmann und Thiele wegen räuberischer Erpressung und Freiheitsberaubung vor einem Berliner Schwurgericht. Der Gerichtshof verurteilte Thiele zu 5 Jahren, Hemmann zu 4 Jahren Gefängnis, beide unter Billigung mildernder Umstände.

Ortsnachrichten.

Laurahütte-Siemianowitz

Des Feiertags (Allerheiligen) wegen erscheint unsere Zeitung am Montag nicht. Die nächste Nummer gelangt Dienstag Nachmittag zur Ausgabe.

Verliehen wurde nachträglich das Eisenerz 1. Klasse dem ehemaligen Zug- und feld. Kompanieführer Otto Rosemann, Schmiege-ohn des Herrn Theodor Rosowill von hier, Parkstraße 10 wohnhaft.

Befanden hat die Fachprüfung 1. Klasse am 22. September d. Js. in Breslau der Eisenbahnassistent Sind aus Laurahütte.

Der erste Schnee! Der Winter ist auf dem Anmarsch. So schon vor mehreren Tagen ein Frost von 3 bis 5 Grad ein, so sank in vorgestern Nacht das Thermometer auf 8 Grad und in gestriger Nacht sogar auf 10 Grad. In den Abendstunden fiel der erste Schnee.

Protest der heimattreuen Oberschlesier. Die Zentrale des Verbandes der heimattreuen Oberschlesier in Katowitz hat an General de Rond einen Protest gerichtet, in dem sie sich auf das Entschiedenste gegen die Verdächtigungen wehrt, daß die Heimattreuen an der Bewaffnung der ober-schlesischen Bevölkerung die Schuld tragen. Der Verband heimattreuer Oberschlesier legt im Namen der sämtlichen Kreisleiter, der Ortsgruppenleiter und mehrerer hundert-

tausend Mitglieder gegen die Anschuldigung den schärfsten Protest ein. Er erblickt in ihnen den Versuch Anregung in die Bevölkerung hineinzutragen und seine ruhige und sachliche Aufklärungsarbeit zu stören.

Die Volkshochschule Laurahütte-Siemianowitz beginnt ihr neues 4. Semester am Dienstag, den 2. November, worauf noch besonders hingewiesen wird. Die Vortragsfolge ist bereits am Donnerstag veröffentlicht und ist auch an den Anschlagstafeln ersichtlich. Vorlesungsverzeichnisse sind in den hiesigen Buchhandlungen zu haben.

Ausgewiesen. Durch Anordnung der Interalliierten Kommission sind erneut 4 deutsche Offiziere, bisherige Mitglieder der Abstimmungspolizei, aus Oberschlesien ausgewiesen worden. Es handelt sich um Dingelberg, Oberleutnant Schumann, der bereits seit 25 Jahren ohne Unterbrechung in Oberschlesien ansässig ist, Oberleutnant Hellwig und Leutnant Maake. Die Genannten müssen Oberschlesien bis zum 1. November verlassen haben.

Der Deutsche Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Laurahütte, hält morgen Sonntag, vormittags 10 Uhr in den „2 Rinden“ seine Mitgliederversammlung ab zu der zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht ist.

Wohltätigkeitsveranstaltung des Vaterländischen Frauenvereins. Gerade in dieser Zeit der allgemeinen Teuerung wünscht der Vaterländische Frauenverein möglichst viele und reichliche Gaben zum Weihnachtsfest zu verteilen. Da aber Wohltätigkeitsfeste im großen Rahmen bedeutende Aufkosten verursachen und den Reinertrag bei der Höhe der jetzigen Preise übermäßig schmälern würden, verzichtet der Verein auf einem anderen Wege sein Scherflein zu erbitten. Am 3. Nachmittags des November (4. 8. 12) wird Fel. Studierat Bochnig von 1/5-6 Uhr im oberen Saale des Berg- und Hüttenagshaus zum Thema „Die Aufgaben der Frau für die Frau“ sprechen. Da der gesamte Erlös der Weihnachtsfeier zugunsten der Wohltätigkeit, ist der Veranstaltung ein außerordentlich großer Erfolg zu wünschen. Die günstige Stunde, sowie die Möglichkeit, Einzelspenden zu besorgen und Karten an der Abendkasse zu lösen, danken jedem Opferwilligen die Gelegenheit bieten, die Bestrebungen dieses Vereins zu unterstützen. (Siehe Anzeige)

Die unabhängige sozialdemokratische Partei, Ortsgruppe Laurahütte-Siemianowitz hält Montag, den 1. November, nachmittags 2 Uhr im Saale „2 Rinden“ seine Mitgliederversammlung ab, in der für die Moskauer Bedingungen Genosse Backwald Boguskiß und gegen die Bedingungen Genosse Lichtenstein Hindenburg sprechen werden.

Theater. Das ober-schlesische Wandertheater das am Dienstag, den 9. November, abends 7 1/2 Uhr hier im Saale „2 Rinden“ ein einmaliges Gastspiel veranstaltet, wird das reizende Lustspiel „Die zärtlichen Verwandten“ von Robert Benedix zur Aufführung bringen. Das ober-schlesische Wandertheater ist eine überaus dankenswerte

Schöpfung des deutschen Bühnenvereins und der deutschen Bühnengemeinschaft. Eine Gesellschaft namhafter deutscher Schauspieler unter Leitung des Direktor Franz Gottschalk, des letzten deutschen Direktors des Stadttheaters in Posen, sind berufen worden, um namentlich in denjenigen Städten Oberschlesiens, die keine eigene Bühne besitzen, gute künstlerische Vorstellungen zu veranstalten. Da das Unternehmen kein Geschäftstheater darstellt, sondern idealen Zielen zustrebt, sind mit Rücksicht auf die schweren Ernährungsbedingungen die Eintrittspreise auf das Niedrigste bemessen. Das ober-schlesische Wandertheater hat bereits in vielen Städten mit Erfolg gastierte und hat auch hier großen Zuspruch gefunden.

In den Kammerrichtungen läuft bis 1. November der große Filmzyklus, der wichtige Details des Sensationslagers. Narva, von dem der 1. Teil in 6 Akten, 2400 Meter lang, in sich abgeschlossen, schon die Spielzeit derart in Anspruch nimmt, daß der 2. Schläger, der Kunst und Bräutling „Die Tragödie eines Gehen“, mit 2800 Metern zum Bauern der Direktion zurückgestellt werden mußte. Die Direktion wird bemüht bleiben, wenn irgend möglich, diesen Film in ein anderes Programm einzufügen. Am dem Panzer Kuchana zu tragen wird das große Lustspiel in 3 Akten „Ebi und Co“ gespielt. Auf das Programm wird noch besonders hingewiesen.

Aufgeklärter Waffensund Die „Grenzzeitung“ bringt am 29. Oktober 1920 die Meldung, daß in Plesch bei einem alldeutschen Bürger 3 Riffia-Kröße beschlagnahmt wurden. In Wirklichkeit verhält es sich mit dem Waffensund folgendermaßen. Das Hauptkommando Plesch hatte vom Kreiskontrollleur Waffens (Dienstoff) für die Hauptbeamten erhalten. Da jedoch keine Munition vorhanden war, konnten diese Waffen nicht abgegeben werden. Infolge der allgemeinen Unsicherheit wollte man die Waffen nicht im Hauptkommando liegen lassen, da ein Ueberfall befürchtet wurde, und man gab sie in Verwahrung zu dem Spektakel Zentner, wo sie gefunden wurden.

Raub. Am Mittwoch, abends kurz nach 6 Uhr drangen bewaffnete Banditen in das Lager des Konsumvereins Myslowitz ein und raubten die Kasse mit der Tageslosung von ca. 8000 Mk. Der eine war maskiert, mit einer Eisenbahnkappe bedeckt hatte eine kurze Toppe an. Der andere trug eine Militärmütze und war ebenfalls mit Toppe bedeckt. Beide Männer waren verhältnismäßig große Erscheinungen. Sie verließen, nachdem sie mit vorgehaltener Waffe die Herausgabe der Kasse erzwungen hatten, das Verkaufsfeld wieder durch die Gassen und verschwanden in der Richtung nach Schöppitz.

Raubüberfall. Der Buchhalter des Maurermeisters Scheer in Butthen wurden gestern morgen 70000 Mk., die sie von einer Bank geholt hatte, auf der Tappe im Hause ihres Arbeitgebers von einem jungen Burischen entführt. An dem Ueberfall waren 3 Personen beteiligt, von denen der eine bereits festgenommen werden konnte.



Neben d. großen Sensationschlager

Nirvana

Läuft bis zum 1. November das große Lustspiel

Edi & Comp.

Eine lustige Geschichte zweier humorvoller Ströche
a la Robert und Bertram.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit haben sich die Fälle, wonach hiesige Einwohner ihre

Lebensmittelkarten

verlieren und alsdann im Lebensmittelamt um Ersatzkarten vorstellig werden, derart gehäuft, daß dadurch die allgemeine Versorgung der hiesigen Einwohnerschaft in Folge unnötiger Mißbrauch bedroht ist.

Wir sind daher nicht mehr in der Lage, auch nur den geringsten Ersatz in Lebensmittelkarten von nun an zu geben.

Diejenigen Haushaltungen, welche ihre Lebensmittelkarten verlieren, müssen den Schaden selbst tragen. Nachmaliges Erscheinen im Lebensmittelamt um Ersatzkarten ist vollkommen zwecklos.

Laurahütte, den 30. Oktober 1920.

Der Gemeindevorstand.

Voss' Photographisch. Atelier

Inhaber: B. Saemann

Meister für Kunst- und Präzisions-Photographie
Beuthenerstr. 11, II. L., (Kaffee Kronprinz)

empfehlen seine bestens eingeführten
Künstlerpostkarten aller Art,
Künstlerstudien in Schwarz, Sepla usw.,
Vergrößerungen nach alten Bildern und Amateurplatten, alles fachmännisch gediegen unter voller Garantie.
Telefon 1022. Telefon 1022

Das Atelier ist täglich, auch Sonntags von früh bis Abend geöffnet.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der

Zuckermarken

für den Monat November d. Js. erfolgt in der Lebensmittelabteilung im Amtsgebäude am

Dienstag, den 2. und
Mittwoch, den 3. November d. Js.

in bisheriger Reihenfolge.
Die Zusatzzuckermarken für Kinder bis zu 2 Jahren werden am

Donnerstag, den 4. November d. Js.

von 9-12 1/2 Uhr vorm. im Lebensmittelamt ausgegeben. Auf die pünktliche Abholung der Zusatzzuckermarken zur festgesetzten Zeit wird nachträglich hingewiesen.
Laurahütte, den 30. Oktober 1920.

Der Gemeindevorstand.

Öffentliche Steuermahnung.

Die vorläufig veranlagten Einkommensteuern für das 1. Halbjahr 1920 (April-September) sind fällig. Die Steuerpflichtigen werden daher ersucht, die Steuern alsbald an die hiesige Gemeindefiskus zu entrichten. Bei Nichtzahlung wird die zwangsweise Einziehung durchgeführt werden. Besondere Mahnungen ergehen nicht. Wir machen hierauf aufmerksam, daß die Interalliierte Kommission diese Steuern als für Oberschlesien rechtsgültig anerkannt hat und deren Einziehung mittels der gesetzlichen Zwangsmittel gebilligt wird.
Laurahütte, den 27. Oktober 1920.

Der Gemeindevorstand.

Bekanntmachung.

Es müssen in hiesiger Gemeinde alsbald noch eine größere Anzahl staatlicher Polizeiwachmeister untergebracht werden. Aus diesem Grunde ergeht an Familien, die noch über entbehrliche, möblierte Wohnräume verfügen, die dringende Aufforderung, alsbald entsprechende Angebote beim hiesigen Wohnungsamt, Zimmer 5, Schloßstr. Nr. 14 anzubringen.

Wir bemerken, daß notgedrungen zu einer zwangsweisen Beschlagnahme von Räumen wird geschritten werden müssen, wenn nicht genügend freiwillige Angebote eingebracht werden.

Siemianowitz, den 28. Oktober 1920.

Der Gemeindevorstand.

R l o p f e g, Bürgermeister.

Kirchliche Nachrichten.

Katholische Pfarrkirche Siemianowitz.

Sonntag, den 31. Oktober: 6 Uhr hl. Messe auf die Int. St. und Stains. 1/3 Uhr hl. Messe für die Parochianen. 1/9 Uhr hl. Messe für den deutschen 3. Orden. 1/11 Uhr hl. Messe zur Gedenkstunde Mutter Gottes am Ausdauer von G. Buchta. (Aussetzung)

Katholische Pfarrkirche Laurahütte

Sonntag, den 31. Oktober: 6 Uhr hl. Messe auf die Int. St. und Stains. (Segen). 1/8 Uhr hl. Messe für die Parochianen. 1/9 Uhr hl. Messe für die Mitglieder des deutschen Rosenkranzes. (Segen) 1/11 Uhr hl. Messe zum hl. Wilhelm auf die Int. der poln. Vereinigung Einigkeit. (Aufführung und Segen). 1/3 Uhr nachm. deutsche Rosenkranzandacht. 1/4 Uhr poln. Rosenkranzandacht.

Evangelische Kirchengemeinde.

Sonntag, den 31. Oktober als am Reformationsfest: 9 1/2 Uhr Festgottesdienst. Chor: „Es ist je gewisslich wahr“. Anschließend an den Gottesdienst feier des hl. Abendmahls. 12 Uhr Lausen. 3 Uhr Jugendbund. Montag früh 6 1/2 Uhr Antreten der Mitglieder des Jugendbundes in der Bahnhofshalle zur Abfahrt nach Gletwitz zum Bundesportfest.

Dienstag, den 2. November. 7 1/2 Uhr Jungfrauenverein.

Mehrere

Herren-Winter-Joppen

sowie ein

Damen-Winter-Mantel

zu verkaufen.

Zu erfragen

Knopffstr. 8, 2. Etg.

Ein eleganter

Wälde-schrank

bittig zu verkaufen.

Miohalkowitzerstr. 9

Ein gut erhaltener

Kinderwagen

zu verkaufen

Beuthenerstraße 74, 1 r.

Plakate

fertigt

Laurahütte

Siemianowitzer

Zeitung.

Raucherdank!

Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz od. teilweise einzustellen. Wirkung verblüffend. Auskunft umsonst „San. Inst. Gg. Englbrecht“ München R. 212, Kapuzinerstr. 9

1 Anlegerin

2 jung. Mädchen

können sich melden.

Franz Buschka,

Buch- und Stein-druckerei

Lehrmädchen

und

Laufmädchen

kann sich sofort melden.

Kaufhaus Bendel, Wandastr.

Saubere

Bedienung

für einige Stunden des Tages

für sofort gesucht

Wandastr. 10, 2. Etg.

Ehrliches

Dienstmädchen

das etwas kochen kann, für

sofort gesucht.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Stg.

Freie Turnerschaft Siemianowitz

hält am Sonntag, den 31. Oktober, nachmittags 4 Uhr im Vereinszimmer eine

Vorstandssitzung,

um 5 Uhr eine

Monats-

Versammlung

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes dieser Aufforderung Folge zu leisten. Arbeiter Turn- und Sportgenossen die dem Verein betreten wollen, laden wir freundlichst ein

Mit Turnergruß

Frei Heil!

Der Vorstand.

Kaufe leere, weiße Cognat-

flaschen.

Zahle für

1/1 l. Flasche 90 Pfg.

3/4 l. " 80 "

1/2 l. " 50 "

Willy Reichmann,

Dampf-Destillation und Weinhandlung.

Altes

Gold und Silber

sowie alte und ausländische

Münzen kauft

Carl Janschek, Uhrmacher

Beuthenerstr. 14.

1 neuer Mantel,

1 getragener Mantel

für Mädchen von 14 bis 18

Jahren und

1 blauer Tuchrock

bittig zu verkaufen

Wandastr. 50, p., rechts.

1 Stubenbüfett,

1 Sofa mit Umbau,

1 Vertikab,

alles gut erhalten, zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Stg.

Eine gut erhaltene

Singer-

Nähmaschine

zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Stg.

Siemianowits, im Oktober 1920.
Hugo Rados und Frau Angela
geb. Kroll.

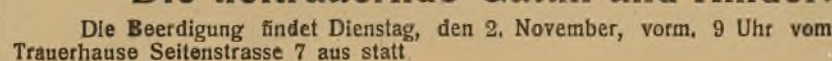
Albin Kaluza und Frau.

4. Verbleibendes.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Ohne Mitgliedsb-
und Restanten von mehr als 6 Wochen keinen Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Preise der Plätze: Speeritz 5 M., 1. Platz 4 M.,
2. Platz 3 M., Stehplatz 2 M.
Vorverkauf: Zigarrengeschäft Mücke, Inh. Baron,
Deutbenerstraße

Henkel & Cie., Düsseldorf
Fabrikanten von Henkel's Bleich-Soda.

Druck, Verlag und verantwortliche Schriftleitung
Adolf Schenemann, Lautschlitz-Siemtonowitz.



Der Gemeindevorstand

Der Vorstand.

ein hochinteressantes Lustspiel in 2 Akten
zum todtachen.

Billy Reichmann

Ein spannendes Schauspiel in 5 Akten.